

Schlömerkemper, Jörg

Konsens und Beteiligung! Ein Plädoyer für mehr Demokratie in der Bildungspolitik

Die Deutsche Schule 92 (2000) 1, S. 6-9



Quellenangabe/ Reference:

Schlömerkemper, Jörg: Konsens und Beteiligung! Ein Plädoyer für mehr Demokratie in der Bildungspolitik - In: Die Deutsche Schule 92 (2000) 1, S. 6-9 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-275906 - DOI: 10.25656/01:27590

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-275906>

<https://doi.org/10.25656/01:27590>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Offensive Pädagogik

Jörg Schlömerkemper

Konsens und Beteiligung!

Ein Plädoyer für mehr Demokratie in der Bildungspolitik

In der Bildungspolitik ist manches in Bewegung gekommen, aber vieles ist umstritten, neue Wege werden erprobt, Bilanzen finden Widerspruch, Diagnosen haben Konjunktur: Von „Spaßpädagogik“ und „Todsünden“ ist die Rede; von „Autonomie“ wird viel erwartet (positiv wie negativ), neue Aufgaben werden der Schule zugeschrieben, sie werden aber auch zurückgewiesen. Es gibt Aufbruch und zugleich Resignation. Die einen fordern, dass sich das Lehren und Lernen stärker an verbindlichen Vorgaben („Kerncurriculum“) orientiert, andere lehnen dies ab. In jüngster Zeit mehren sich in dieser Zeitschrift kontroverse Beiträge.

Vorschläge gibt es reichlich, *Kommissionen* legen Berichte und Empfehlungen vor, die auch eine zeitlang Aufmerksamkeit finden, aber sie bewirken letztlich doch nicht viel. Mir scheint, dass all diese Aktivitäten wirkungsvoller sein könnten, wenn es gelänge, die Betroffenen früher und stärker in den Prozess der Entwicklung einzubeziehen und eine grössere Verbindlichkeit herzustellen. Ich möchte versuchen, dies in den folgenden *Thesen* zu erläutern:

(1.) Es nützt wenig, wenn Vorschläge erst im Nachhinein zur Diskussion gestellt werden. Vorgeschriebene „*Beteiligungsverfahren*“ werden oft erst auf der Grundlage von fast ‚fertigen‘ Vorgaben eröffnet und eigentlich sind allenfalls kleinere Korrekturen oder Vorschläge für die konkrete Umsetzung und die Anpassung an spezifische Bedingungen ‚vor Ort‘ erwünscht. Auch noch so gut begründete Vorgaben werden den Betroffenen dann mehr oder weniger fremd bleiben.

(2.) Dissens kommt nicht nur zustande, weil bzw. wenn die Dinge (völlig) gegensätzlich gesehen werden und die „Parteien“ von konträren Positionen ausgehen, sondern auch dann, wenn sie durchaus ambivalent sind und aus verschiedenen Perspektiven in ihren z.T. gegensätzlichen Bedeutungen unterschiedlich bewertet und gewichtet werden. In der politischen Auseinandersetzung wird häufig nur die eine oder die andere Seite der „Medaillen“ dargestellt, um „klar“ Position beziehen und sich in der politischen Auseinandersetzung verorten zu können. Ambivalente Positionen, in denen sozusagen immer auch ‚der anderen Seite‘ eine Berechtigung zuerkannt wird, sind politisch kaum vermittelbar. Hier wäre es hilfreich und produktiv, wenn andere Sichtweisen wenigstens als denkbar akzeptiert würden.

(3.) Dabei herrscht m. E. ein merkwürdiges Verständnis von Politik: Wir hätten doch ‚unsere‘ Politiker in Amt und Würden gesetzt und mit Macht ausgestattet, und nun mögen sie doch bitte diesen Auftrag auch wahrnehmen. Wenn wir mit ihren Maßnahmen nicht einverstanden sind, werden wir uns wehren – spätestens mit dem Stimmzettel. Dass Demokratie von der Beteiligung der Bürger lebt, scheint ein wenig vergessen zu sein.

(4.) Ähnlich lassen sich die Erwartungen an Wissenschaft beschreiben: Die Gesellschaft habe doch eine Teilgruppe beauftragt, „sine ira et studio“ herauszufinden, was denn nun in den zu untersuchenden Feldern ‚wahr‘ und ‚richtig‘ ist und wie zu handeln sei. Wenn die Ergebnisse für die betroffenen „Laien“ nicht nachvollziehbar sind (sowohl in der Sache wie in den Methoden ihrer Generierung), dann wird die Praxisferne der Wissenschaft beklagt, der „Fachjargon“ moniert, und die Ergebnisse werden aus irrationalen oder auch aus berechtigten Gründen ignoriert.

Dies sind nach meinem Verständnis Bedingungen, die verständlich machen, warum die durchaus intensiven Debatten in der Bildungspolitik so wenig Effekt haben. – Was wäre zu tun?

(5.) In den letzten Jahren ist unter dem Stichwort „Autonomie“ (oder „erweiterte Selbständigkeit“ etc.) ein deutlicher „Paradigmenwechsel“ eingeleitet worden: Der Lehrerschaft ist ein erhebliches Maß an Eigenverantwortlichkeit zugestanden (oder auch „abverlangt“) worden, was als ein m. E. beispielloser Professionalisierungs-Schub verstanden werden kann. Daran sind allerdings wenigstens zwei Fragen anzuschließen:

- Wollen Lehrerinnen und Lehrer diese Erweiterung ihrer Kompetenzen konsequent ausfüllen, oder verspielen sie diese Chance, indem sie nur (oder in erster Linie) die damit wahrscheinlich (wenigstens zunächst) verbundene Mehrarbeit sehen und deshalb auch die Möglichkeiten ablehnen?
- Will die Politik die eingeleitete Entwicklung wirklich zu Ende führen und deren Effekt mit Geduld und Zuversicht erwarten oder werden alsbald und ängstlich Kontrollverfahren (wieder oder neu) eingeführt, mit denen die „Qualität“ dessen gesichert werden soll, was sich doch erst entfalten soll, erprobt werden muss und erst dann ‚gesichert‘ werden kann?

Beide mit diesen Fragen angesprochenen „Parteien“ werden sich darauf berufen, dass sie sich auf die jeweils andere Seite nicht verlassen könnten: Die Politiker wollten doch gar keine „autonome“ Lehrerschaft (was ja schon die Wahl des rechtlich gar nicht zulässigen Bildes der „Selbstgesetzgebung“ erkennen lasse), bzw. die Lehrerschaft wolle die ihr zugetragene Verantwortung gar nicht konsequent und verantwortlich wahrnehmen (was man z. B. an den schwierigen Diskussionen über Lehrerleitbilder bzw. die Arbeitszeit unschwer erkennen könne), und schließlich ließen doch die aktuellen internationalen Leistungsvergleichsstudien ein Zuwarten nicht zu.

(6.) Die Debatten stecken also voller Missverständnisse, Unterstellungen und Fehlinformationen. Sie sind natürlich auch mit unterschiedlichen, vielleicht gar antagonistischen (also nicht überwindbaren) Positionen und Interessen verbunden. Und es ist schier unmöglich, die verschiedenen Ebenen der Argumentationslinien zu entzerren.

(7.) Nun sind die Vorbehalte gegenüber einer verstärkten Autonomie nur in dem Maße zu überwinden, wie Verfahren entwickelt und institutionalisiert wer-

den, mit denen die anfallenden Aufgaben bewältigt werden können. Wir haben in der Erziehungswissenschaft eine Schulforschung in vielerlei Gestalt: von narrativen, rhapsodischen Fallstudien, in denen die Besonderheit einzelner Schulen oder nur einzelner Personen in ihrer Vielschichtigkeit authentisch dargelegt werden, über themenbezogene Studien, in denen bestimmte Aspekte untersucht werden, bis hin zu den viel diskutierten weltweiten Erhebungen zu den Leistungen in bestimmten Bereichen. – Das alles gibt es, aber es ist daraus bisher keine allgemeine ‚Kultur‘ einer selbstverständlichen (Selbst-)vergewisserung über die Ergebnisse pädagogischen Handelns in der Schule erwachsen. Wie können wir die Kluft überwinden zwischen der z.T. hoch spezialisierten Forschung und jenen, die aus dieser Forschung Folgerungen ziehen können sollten? Diese müssten die auf ihr Handlungsfeld bezogene Forschung wenigstens so weit nachvollziehen können, dass sie sich und ihre Probleme wieder erkennen und kritisch dazu Position beziehen können. Dazu müsste eine (weiter) professionalisierte Lehrerschaft Kenntnisse und Fertigkeiten erwerben, mit denen sie solche diagnostischen und evaluativen Aufgaben bearbeiten könnte.

(8.) Wichtig scheint mir, dass die einzelnen Schulen nicht nur die ihnen zugestandene größere Selbständigkeit tatsächlich wahrnehmen, sondern auch konsequent darüber nachdenken und entscheiden, wie man sich über den Verlauf und die Ergebnisse der eigenen Entwicklungsarbeit und der laufenden pädagogischen Praxis methodisch fundiert verständigen kann. Es scheint mir nicht nur politisch (mit Blick auf den Steuerzahler) unabweislich, sondern um der uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen willen notwendig, dass die Schulen sich konsequent darüber vergewissern, ob sie ihre pädagogische Arbeit so gut wie irgend möglich leisten. Solche Bemühungen nach außen und für sich selbst transparent zu machen, ist m. E. das Beste und vermutlich Wirksamste, was Lehrerinnen und Lehrer tun können, wenn sie vermeiden wollen, dass ihnen Evaluation von außen bzw. in einer Form aufgedrückt wird, die sie als unangemessen ansehen (müssen).

(9.) Eine entsprechende Kommunikationskultur wäre allerdings auch im politisch-gesellschaftlichen Raum nötig. Mir ist bewusst, dass es schwierig ist, in Fragen des Bildungswesens zwischen den Ländern und den vielfältigen Gruppen Konsens zu finden, aber es wäre m. E. einen Versuch wert, die bildungspolitische Kleinstaaterei, die wir uns trotz der Europäisierung oder gar der „Globalisierung“ immer noch leisten, zu überwinden. Wir sollten wenigstens in den Grundfragen des Bildungswesens einen Konsens erarbeiten, der freilich auch definieren sollte, wo Varianten zugelassen oder gar erwünscht sind. Es ist m. E. erstaunlich, dass wir mit der Konferenz der Kultusminister zwar ein übergreifendes Gremium auf der administrativen Ebene haben, aber keine Verfahren, keine Gremien, in denen die „Betroffenen“ beteiligt werden und über unterschiedliche Positionen beraten, abgestimmt und ggf. entschieden wird. Dies ist um so verwunderlicher, als es um „Bildung“ geht (gehen soll), also um Prozesse, bei denen Subjekthaftigkeit, die persönliche Auseinandersetzung und soziale Prozesse eine wesentliche Rolle spielen sollen. Strukturen und Inhalte dieses gesellschaftlich wichtigen Teilbereichs werden noch immer administrativ geprägt und zudem partikular bearbeitet.

(10.) Wir sollten eine bundesweite „Bildungskonferenz“ einberufen oder ein „Bildungsparlament“ wählen, in der/dem ‚alle‘ für das Bildungswesen rele-

vanten Gruppierungen vertreten sind. Wir sollten dieses Gremium in die Lage versetzen, zentrale und grundlegende Fragen des Bildungswesens zu erörtern, sich fachlich kompetent beraten zu lassen, verschiedene Vorschläge sorgfältig zu erörtern, Alternativen abzuwägen, ggf. Entscheidungen zu fällen, die ein hohes Maß an Verbindlichkeit (wenigstens im Sinne von Orientierungspunkten) haben können.

In einer solchen Konferenz hätte z.B. geklärt werden sollen, mit welchen Erwartungen und mit welchen Verfahren etc. Deutschland an weiteren *internationalen Vergleichsstudien* teilnimmt. Hier würde auch die Diskussion über Ergebnisse ihren zentralen Ort haben können (natürlich ohne dass die Öffentlichkeit ausgeschlossen würde – im Gegenteil: alles sollte so weit wie möglich transparent gemacht werden). Es würde dann einen erheblichen Unterschied ausmachen, ob die Lehrerschaft und die bildungspolitische Öffentlichkeit erst mit den Ergebnissen externer Leistungsstudien konfrontiert würde und diese im Nachhinein diskutieren dürfte, oder ob sie vorab (stärker) beteiligt gewesen wäre und Einfluss hätte nehmen können. Bei den jetzt anlaufenden weiteren Studien (PISA) wird ja schon durchaus versucht, den Lehrerinnen und Lehrern die „Angst vor PISA“ zu nehmen (vgl. Heft 2/99 dieser Zeitschrift) und für Vertrauen zu werben, aber sie werden sich dennoch als „Objekte“ dieser Verfahren empfinden und mit mehr oder weniger Sorge rätseln, wie die angekündigten Zielsetzungen denn wohl konkretisiert werden. Aus dieser Deutung heraus wären Skepsis oder gar Verweigerung wohl verständlich. Wäre es nicht pädagogisch sinnvoller, wenn die Lehrerinnen und Lehrer zu „Subjekten“ dieser Verfahren würden und von Anfang an einbezogen würden in die Festlegung oder wenigstens die Beratung der Zielsetzungen? Ich kann mir nicht vorstellen, dass Lehrerinnen und Lehrer, wenn sie über die Leistungskriterien von PISA beraten sollten, diese in ihren Zielsetzungen ablehnten. Wenn sie sich als Beteiligte dieser Studien mit den Zielen identifizieren könnten, würden sie selbst wissen wollen, wie erfolgreich die Umsetzung läuft bzw. wo es Schwierigkeiten gibt. Über die Ergebnisse würde dann ganz anders diskutiert!

Das mag alles langwierig und mühsam sein (und wird sicher auch nicht immer zu Ergebnissen führen), aber wenn zu der „Bildung“ bzw. der „Leistung“, die wir als Qualitätsmerkmal von Schule verstehen (wollen), die Fähigkeit zum Konsens (o.ä.) gehört, dann sollten wir auf allen Ebenen (im täglichen Unterricht wie in der ‚großen‘ Politik) nach Möglichkeiten suchen, wie wir uns (besser) über das verständigen können, was als „Bildung“ und „Leistung“ angestrebt werden soll. Im Grunde geht es also darum, ob wir im Bildungswesen „mehr Demokratie wagen“ wollen und mit welchen Verfahren wir uns ggf. auf den Weg dorthin begeben. Mit der derzeitigen Situation sollten wir uns nicht zufrieden geben!

Jörg Schlömerkemper, geb. 1943, Dr. phil., Prof. für Erziehungswissenschaft (Schulpädagogik und Allgemeine Didaktik) an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

Anschrift (privat): Ludwig-Beck-Str. 9, 37075 Göttingen

E-mail: schloem-dds@t-online.de